

Der Briefetal-Bote erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt für das Quartal 1,20 Mark, monatlich 40 Pfg. Einzelne Nummern 5 Pfg. Nach auswärts Portozuschlag.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in P.R. Neumanns Buchdruckerei und Papierhandlung und von allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Die schlagpaatene Petizelle kostet 15 Pfennig, die Reflamejelle 30 Pfennig.

Amts-Bezirks-Anzeiger

für Birkenwerder, Hohen-Neuendorf, Borgsdorf, Lehnitz u. Umgegend

Die Expedition des „Briefetal-Boten“ vermittelt ohne Preis-Ausschlag Anzeigen an alle auswärtigen Zeitungen.

Amtliches Publikations-Organ für örtliche Bekanntmachungen und für Vereine
Telephon: Amt Birkenwerder Nr. 5

Die Expedition des „Briefetal-Boten“ vermittelt ohne Preis-Ausschlag Anzeigen an alle auswärtigen Zeitungen.

Alleiniges amtliches Publikations-Organ mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder

No. 76.

Birkenwerder, Donnerstag, den 1. Juli 1909

8. Jahrg.

Die heutige Nummer enthält das „Illustrierte Familienblatt“.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Staatssteuer-Zuschläge für 1909, worüber jedem ein besonderer Steuerzettel zugegangen resp. zu gehen wird, werden für April bis einschließlich September 1909 mit den fälligen Steuern im Monat August d. Js. erhoben.

Hohen-Neuendorf, den 29. Juni 1909.

Der Gemeindevorsteher. Wildberg.

Zur politischen Lage.

Der Bescheid, den der Reichskanzler von seinem Vortrag bei Sr. Majestät dem Kaiser und Könige aus Kiel zurückgebracht hat, war in politischen Kreisen erwartet worden. Der Monarch hat, sicherlich im Einverständnis mit den weitesten Kreisen des Volkes, es abgelehnt, jetzt dem Rücktrittsgesuch des leitenden Staatsmannes näherzutreten, und er hat bei dieser Gelegenheit die Notwendigkeit eines baldigen Zustandekommens der Reichsfinanzreform betont. Es braucht nicht nochmals besonders hervorgehoben zu werden, daß die konservative Partei den Rücktritt des Kanzlers weder jetzt noch in absehbarer Zeit wünscht, daß sie überhaupt die Person des Fürsten Bülow von der Sache vollständig trennt und daß sie es aufrichtig bedauern würde, wenn der leitende Staatsmann mit dem Abschluß der Reichsfinanzreform doch aus dem Amte scheiden sollte. Die konservative Partei hat aber im Augenblick kein anderes Ziel, als mit allen Kräften für das Zustandekommen des großen nationalen Wertes der Reichsfinanzreform einzutreten. Die konservative Partei hat sich bekanntlich zu jedem Entgegenkommen bereit erklärt und will auch vor Opfern eigener Ansichten in einzelnen nicht zurückweichen, damit dem deutschen Volke endlich die zur Ausführung für eine feste und dauernde Begründung der finanziellen Erfordernisse des Reichs geschaffen werde. Es ist auch nicht daran zu zweifeln, daß der Reichstag bei der Wiederaufnahme der Sitzungen mit Ernst und Eifer ans Werk gehen und sicherlich in kurzer Zeit eine Finanzreform zusammenbringen wird, die für die verbundenen Regierungen annehmbar und mit den Grundgesetzen der Gerechtigkeit vereinbar ist.

So ist im Augenblick die Lage. Weder zu Entmutigung, noch zu Entrüstung ist ein Grund vorhanden. Wenn man aber die Presse überblickt, so findet man alles andere, nur nicht Ruhe in ad Besonnenheit. Heppig schiefen allenthalben Nachrichten ins Kraut, die offenbar nur die Absicht haben sollen, neue Verwirrungen zu schaffen, die verbundenen Regierungen und die Wähler mißtrauisch zu machen und von der Hauptsache, dem völligen Verlangen der Linken in der Frage der Reichsfinanzreform, abzulenken. Wer an die letzten Verhandlungen über die Erbschaftsteuer vorag: d. verbundenen Regierungen im Reichstage zurückdenkt, der wird sich sicherlich noch der Worte erinnern, die der liberale Abg. v. Bader in der 205. Sitzung des Reichstags vom 19. Juni sprach: „Findet sich für die Erbschaftsteuer eine Mehrheit, so sind gleichfalls wieder noch viele Schwierigkeiten zu lösen, denn es ist ausgeschlossen, daß alle diejenigen, welche die Erbschaftsteuer annehmen werden, damit auch gleichzeitig die Verpflichtung übernehmen wollen, nun für alle Steuerprojekte der verbundenen Regierungen mit allem Nachdruck einzutreten.“ Es ist kein Zweifel, daß diese Erklärung, die für den Fall der Annahme der Erbschaftsteuer abermals Schwierigkeiten und Verwicklungen in Aussicht stellt, diejenigen in ihrem Widerstand gegen diese Steuer gefestigt hat, die sich vielleicht zu einem „Ja“ entschlossen hätten, wenn sie damit die Sicherheit gewonnen haben würden, daß mit der Annahme der Erbschaftsteuer die Reichsfinanzreform zustande gebracht worden wäre. Die Panzerschiff-Worte zeigen, daß gerade das Gegenteil der Fall gewesen wäre. Die Lage war einfach so, daß erst einmal der Stein des Anstoßes aus dem Wege geräumt werden mußte, um ein weiteres erfolgreiches Arbeiten zu ermöglichen.

Es kann überhaupt nicht oft genug betont werden, daß es lediglich die Haltung des Liberalismus gewesen ist, die uns in die Schwierigkeiten der jetzigen Lage gebracht hat. Von Anfang an ist die Mitarbeit der Freikämmerer, die der linken Worte von der Not des Reiches nicht genug finden konnten, nur lau und widerwillig gewesen. Nachdem sie ihre alten Stedenperde von der Reichsfinanzreform und der Reichsvermögenssteuer ein wenig getum-

melt hatten, von denen man genau wußte, daß sie niemals die Zustimmung der verbundenen Regierungen finden würden, haben sie die meisten Verbrauchssteuern abgelehnt und haben für jeden Schritt des Entgegenkommens Koncessionen auf Gebieten verlangt, die mit der Reichsfinanzreform nicht das geringste zu tun hatten. Die Haltung der Freikämmerer war, daß steht nun einmal fest, niemals von sachlichen Gesichtspunkten allein geleitet, sie war von gänzlich unberechtigten Machtgefühlen und Sonderabsichten diktiert und wurde befeuert durch eine Ausrufung des Herrn Wiemer in der Kommission, als er nicht von Besitztümern an sich geredet wissen wollte, sondern nur von den Besitztümern, die wir — das heißt der Liberalismus — wollen.“

Unter den Nachrichtigen, die jetzt in der Presse kopiert werden, befindet sich auch eine, die behauptet, der Reichskanzler Fürst Bülow wolle oder müsse sich zu seinem Rücktritt entschließen, weil die Konservativen ihn im Stich gelassen hätten. Das ist, mit Verlaub, eine Freiführung der öffentlichen Meinung. Im Stich lassen kann man doch nur jemanden, dem man bestimmte Versprechungen in einer Sache gegeben hat oder bei dem man gewisse Erwartungen geweckt hat. Das ist bei der Stellung der Konservativen zur Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten aber ganz gewiß niemals der Fall gewesen. Schon vor Einbringung der Finanzvorlagen war der Regierung in unabweisbarer Weise bekannt gegeben worden, daß die konservative Partei eine Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten entschieden ablehnen würde. Da es nicht konservative Politik ist, heute so zu denken und morgen so zu handeln, so dürfen weder der Reichskanzler noch die verbundenen Regierungen mit einer Sinnänderung der konservativen Partei in dieser Frage rechnen, und der Verlauf der Dinge hat ja auch gezeigt, daß die überwiegende Mehrheit der Fraktion trotz aller Einwirkungsversuche und trotz aller Agitation im Lande konsequent und charaktervoll bei ihrem wohlwollenden sachlichen Widerstande geblieben ist. Es kann also davon nicht die Rede sein, daß die konservative Partei dem Reichskanzler oder den verbundenen Regierungen gegenüber in dieser oder in einer anderen Frage Versprechungen nicht erfüllt hat. Wenn sie etwa Erwartungen auf einen „Umfall“, wie man es heutzutage zu nennen beliebt, enttäuscht haben sollte, so ist das nicht ihre Schuld.

Es hat wohl aber im gegenwärtigen Augenblick keinen Zweck, sich mit dem zu beschäftigen, was Gebärdenpäber und Gesichtsträger hervorbringen wissen, sondern das deutsche Volk darf von seinen Vertretern im Reichstage nunmehr wohl endlich erwarten, daß die Reichsfinanzreform bald und in einer Form zustande kommt, die sich dem Reichsüberhaupt nicht in Widerspruch stellt und die keine Schmach des Volkes in ihrem Widerspruch trifft. Wir können unsere unerhörterliche Ansicht von den Dingen nur wiederholen: Die Bahn für das Zustandekommen der Reichsfinanzreform ist frei, und die Reform selbst ist da, wenn die beteiligten Faktoren Entgegenkommen und guten Willen zeigen. Der Worte sind aber nun wohl genug gewechselt, das Volk will endlich Taten sehen.

Deutsches Reich.

Die preussische Verwaltungsreform. Die Immediatkommission zur Reform der preussischen Verwaltung ist am Montagvormittag unter dem Vorsitze des Ministers des Innern, Herrn von Moltke, im Ministerium des Innern zusammengetreten. Der Kommission gehören, wie wir schon mitteilen, eine Reihe von hohen Verwaltungsbeamten, sowie Vertreter der Parteien des preussischen Abgeordnetenhauses an.

Regierungspräsident von Eifenhart-Rothe. Der „Reichs- und Staatsanzeiger“ veröffentlicht die Ernennung des Geheimen Oberregierungsrates und vortragenden Rates im Geheimen Zivilkabinet des Kaisers von Eifenhart-Rothe in Berlin zum Präsidenten der Regierung in Mersburg.

Regierungspräsident von Oelega. Der bisherige Regierungspräsident von Oelega-Kosjerowitsch wird bereits heute von Schleswig nach Lübeck überföhrt. Herr von Oelega war seit 28 Jahren in der Provinz Schleswig-Holstein tätig. Nachdem er lange Jahre das Landratsamt des Kreises Rauenburg verwalte hatte, trat er 1897 in die Provinzialregierung ein. 1898 wurde er Oberpräsident und 1901 Regierungspräsident von Schleswig. Der Abgang des Regierungspräsidenten wird lebhaft bedauert, und viele Kreise der Bevölkerung sind dadurch, daß Herr von Oelega wegen seiner Haltung im Falle Schindig aus dem Amte scheidet, in starke Befremdung versetzt.

Einheitliche Verkaufsstatistik für das Reich. Wie verlautet, wird das Reichsamt des Innern dem im Reichs-

tage laut gewordenen Wünsche nach Aufstellung einer einheitlichen Verkaufsstatistik für das Deutsche Reich Folge geben. Das reichsstatistische Amt hat sich bereits mit den in Betracht kommenden Bundesregierungen in Verbindung gesetzt. Dem Wünsche nach Aufstellung einer allgemeinen Verkaufsstatistik für das Reich dagegen will man nur insofern Rechnung tragen, als zunächst Verkaufsstatistiken für einzelne Industriezweige vorbereitet werden sollen.

Der internationale Lehreraustausch. Gegenwärtig halten 50 Franzosen, 8 Amerikaner und 7 Engländer in den preussischen Schulen Konversationsübungen ab. Es ist angeordnet, daß die ausländischen Missionen auch zur Mitwirkung bei den regelmäßigen Unterrichtsstunden herangezogen werden, wodurch auch diejenigen Schüler, die nicht an den wahlfreien Konversationsübungen teilnehmen, Nutzen von der Einrichtung haben. Andererseits befinden sich 14 preussische Kandidaten in Frankreich, 2 in England und 8 in Amerika. Außerdem werden von Seiten der Unterrichtsverwaltung Oberlehrer als Stipendiaten mit staatlicher Unterstützung in das Ausland zur Vervollständigung in der betreffenden Landessprache entsandt.

Der Hanfabund und das bayerische Gewerbe. Die „Allgemeine Handwerkerzeitung“, das offizielle Organ des Bayer. Handels- und Gewerbebundes schreibt in ihrer Nummer 26 vom 26. Juni:

„Der „Hanfabund“, eine auf Veranlassung des Großkapitals gegründete Organisation mit der irreführenden Firma „für Gewerbe, Handel und Industrie“, wendet sich in einem von Berlin ausgehenden Zirkular an die deutschen Innungsverbände, Innungen, Handwerks- und Gewerbeverbände. Die Handwerksorganisationen werden darin ersucht, durch Verhandlungen und Aufrufe für den Beitritt möglichst vieler Handwerksmeister und Kleingewerbetreibenden zum „Hanfabund“ zu wirken. Die schlaue Böhmer, die hinter dem „Hanfabund“ stehen, unterföhren die Intelligenz der Leiter der Handwerksorganisationen, wenn sie glauben, die Handwerksmeister und Kleingewerbetreibenden als Schutztruppe der Börse und des Großkapitals gewinnen zu können. Ueberall, wo Handwerksorganisationen bisher zu der Sache Stellung genommen haben, wurde es abgelehnt, die Organisation der Böhmerer irgendwie zu fördern. Selbst der Verband der sächsischen Mittelstandsvereinigungen, der mit der Behandlung der Erbschaftsteuer im Reichstag nicht zufrieden ist, hat ein Zusammengehen mit dem „Hanfabund“ einmütig abgelehnt. Auch beim Pflanzlichen Gewerbevereinsverband, der in wirtschaftspolitischer Beziehung gewiß weit links steht, fand die Anregung, dem „Hanfabund“ beizutreten, keinerlei Unterstützung. Die meisten Handwerksorganisationen werden die Zuschriften des „Hanfabundes“ in den Akt für Kuriositäten legen oder in den Papierkorb werfen. Denn den vom und für das Großkapital gegründeten „Hanfabund“ als Hüter der Interessen des gewerblichen Mittelstandes zu betrachten, hieße wirklich den Bod zum Gärtner machen.“

Arthur Fitger. Arthur Fitger, der bekannte Maler und Dichter, ist 68 Jahre alt, am Montag an den Folgen einer Influenza in Bremen gestorben.

Feuersbrand in den Trümmern von Messina. Am Montagnachmittag brach ein überaus heftiges Feuer in dem oberen Stadteile von Messina unter den Trümmern in der Nähe der alten Gefängnisse aus. Soldaten, Feuerwehr und Matrosen eilten zur Brandstelle, aber es war in den Trümmern unmöglich, Spritzen aufzufahren, so daß man sich darauf beschränken mußte, gegen eine weitere Ausbreitung des Feuers, das noch nach Mitternacht andauerte, anzukämpfen.

Zeppelin I auf der Fahrt nach Mex. Das Reichsluftschiff Zeppelin I, das schon seit Mittwoch voriger Woche zur Abfahrt bereit lag, ist in der Montagnacht 12 $\frac{1}{2}$ Uhr bei leichtem Nordostwind in Manzell aufgestiegen, um die Fahrt nach Mex anzutreten. Es schlug die Richtung nach Nordosten ein, um den Weg über Oberhausen zu nehmen. In den Gondeln befanden sich Major Sperling, Hauptmann George, Ingenieur Müller, zwei Militärmonitore, ein Chauffeur und ein Marinemann. Trotz der späten Stunde hatten sich auf dem Areal der Luftschiffbaugeellschaft und in dessen Umgebung eine ungeheure Menschenmenge versammelt, die bei der Abfahrt des Reichsluftschiffes in hümmliche Jubel ausbrach. Leider hatte das Luftschiff keine günstige Fahrt. Gegen vier Uhr am Dienstagmorgen geriet es in einen wolkenbruchartigen Regen und mußte in der Nähe von Biberach landen. Außerdem hatte sich ein Motordefekt herausgestellt. Unmittelbar nach der Landung, die glatt von staten ging, richtete der Führer des Reichsluftschiffes Major Sperling an die Daimlermotorengesellschaft in Untertürkheim die telegraphische Bitte, die Daimlerwerke möchten zwei Motoren an die Landungsstelle entsenden. Gleichzeitig telegraphierte Major Sperling an die „Luftschiffbaugeellschaft Zeppelin“ in Friedrichshafen um Zuführung eines Waggons Wasser.